



Neue Gewerkschaftswahlen

Den demokratischen Grundsätzen der Gewerkschaften entsprechend, finden am Anfang des kommenden Jahres die Neuwahlen zu den Leitungen des FDGB statt. Gewerkschaftswahlen sind zwar keine politischen Wahlen, aber es ist eine Frage von großer politischer Bedeutung, ob ihr Ergebnis ein eindeutiges politisches Bekenntnis

zur gewerkschaftlichen Einheit und für die Grundsätze und Forderungen des FDGB sind und wenn damit allen Versuchen, Mißtrauen, Zersetzung und Spaltung in die Gewerkschaften zu tragen, jede Erfolgsaussicht genommen wird. Im Zuge der Vorbereitung der Wahlen werden die Leitungen des FDGB Rechenschaft vor ihren Mitgliedern ablegen über ihr Tun. Selbst der „Tagesspiegel“, der den Leitungen des FDGB keineswegs freundlich gesonnen ist, sieht sich in seiner Ausgabe vom 29. 11. 46 genötigt, zu bestätigen, daß die Konferenz von Mainz eine Anerkennung der Leistungen des FDGB im vergangenen Jahr bedeutet. So wurde z. B. allein in Halle in 182 Betrieben in letzter Zeit das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte durch Betriebsvereinbarungen durchgesetzt. Es werden dort auch unter Ausnutzung der freien Spitzen in 84 Betriebsküchen 25 000 Arbeiter zusätzlich verpflegt.

Der beste Beweis für die Erfolge des FDGB ist das wachsende Vertrauen der Arbeiter und Angestellten zu ihrer Gewerkschaft. 3 1/2 Millionen Mitglieder in der Sowjetzone und Berlin stehen nur 3 Millionen aller drei westlichen Zonen mit doppelter Bevölkerungszahl gegenüber. Trotz der beachtlichen Erfolge des FDGB wäre es dumm, wollte man die Augen verschließen vor den heutigen und den noch vor uns stehenden Schwierigkeiten. Noch ist der tiefste Punkt nicht überwunden und es bedarf ganz außergewöhnlicher Kraftanstrengungen, um der noch vor uns stehenden Not Herr zu werden. Gewerkschaftswahlen müssen darum mehr sein als ein Bekenntnis zur Einheit. Demokratische Gewerkschaftswahlen heißt Kontrolle der Gewerkschaftsorgane durch aktive Mitarbeit möglichst aller Mitglieder. Ohne diese Mitarbeit ist der Kampf zur Überwindung der Not erfolglos. Sie ist ein Kampf gegen die Urheber, Verlängerer und Förderer unserer Not. Es fehlt noch an allem, an ausreichender Ernährung, an Arbeitskleidung und Schuhen, an Zement und Glas für unsere Wohnungen, an Fahrradschläuchen und tausenden Kleinigkeiten, die im täglichen Leben eine große Rolle spielen. Es bedarf einer Neuordnung der Tarife, um besonders schroffe Mißverhältnisse zwischen Löhnen und Preisen zu beseitigen. Manche Not könnte durch ungehinderten Warenaustausch zwischen den Zonen gelindert werden. Manches Gebrauchsstück, manches unentbehrliche Halbprodukt wird mehr produziert werden können, wenn bei der Durchführung der Demontage in ganz Deutschland — bei aller Anerkennung der Notwendigkeit der Wiedergutmachung — die Grundlage für den Aufbau einer unseren friedlichen Bedürfnissen dienenden Wirtschaft erhalten bliebe. Nur so ist eine tragbare Regelung der Reparationsfrage möglich. Doch die Bereitschaft der deutschen Werktätigen zur Wiedergutmachung darf nicht fortgesetzt durch Duldung faschistischer und profaschistischer Elemente seitens der westlichen Besatzungsmächte torpediert werden. Solange solche Kriegsverbrecher und Reaktionäre wie Hugenberg, Poensgen, Bücher und viele andere „Wehrwirtschaftsführer“ frei sind, oder gar staat-

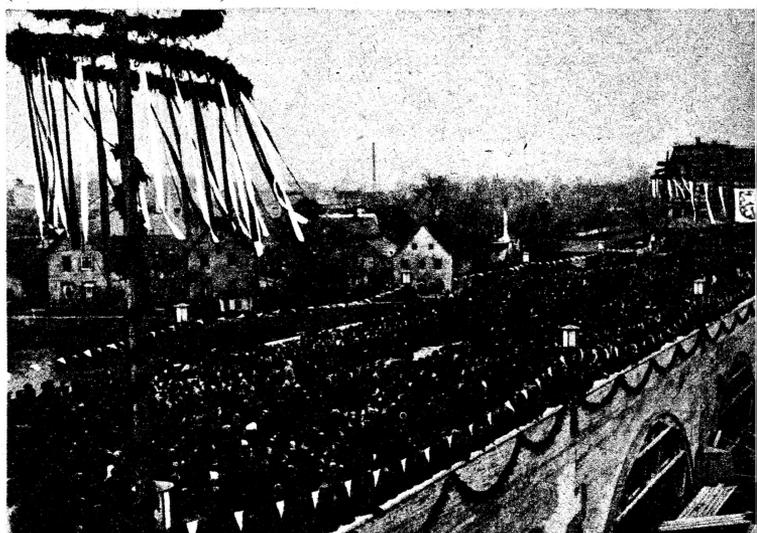
liche und wirtschaftliche Funktionen bekleiden, solange Unternehmensverbände existieren und Rechte haben und den Gewerkschaften der westlichen Zonen das Mitbestimmungsrecht vorenthalten wird, solange sind die Voraussetzungen für eine Überwindung der Not und gleichmäßigen demokratischen Entwicklung in Deutschland nicht gegeben. Diese Frage steht und fällt mit dem Erfolg des Kampfes der Gewerkschaften gegen das Monopolkapital. Der Verkauf einzelner Unternehmungen an ausländische, mit den deutschen Monopolherren befreundete Aktionäre löst diese Frage nicht. Die Arbeiterklasse begreift immer stärker, daß die tiefere Ursache unserer Not bei den inneren Widersprüchen des kapitalistischen Systems, dem beständigen Wechsel Krise — Krieg — Krise zu suchen ist, und daß sie unter der Herrschaft des Finanz- und Monopolkapitals hungern muß, trotz Rekordernten und Getreideüberschüssen. Mit Recht werden daher von den Gewerkschaften verstärkte und beschleunigte Aktionen gegen die Konzernherren und Monopole geführt.

Die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf für ihre Forderungen, die Erreichung einer breiten Mitarbeit der Arbeiter im FDGB und die Stärkung der Gewerkschaften durch Erfassung der heute noch gewerkschaftlich Unorganisierten mit allen Kräften zu unterstützen, das muß jedes Mitglied unserer Partei als elementarste Klassenpflicht betrachten.

Die Gewerkschaften sind frei — frei von allen Bindungen und Verpflichtungen gegenüber den Unternehmern, frei auch von der Verantwortung, wie sie die Besatzungsmächte und Verwaltungen tragen — frei von jeder einseitigen Verpflichtung gegenüber den politischen Parteien. Sie sind nur abhängig von und verpflichtet dem souveränen Willen der Arbeiterklasse. Wir Sozialisten aber wollen unsere Klassenverbundenheit dadurch beweisen, daß unser Ehrgeiz, die besten Gewerkschafter zu sein, von allen fortschrittlichen Demokraten neidlos anerkannt wird. Das aber kann nur geschehen durch die aktive Mitarbeit in den Gewerkschaften, für die Gewerkschaften durch jedes Mitglied unserer Partei!

E. P.

(Foto: Kindermann-Berlin)



Die neue Saalebrücke in Saalfeld wurde am 16. November 1946 unter starker Anteilnahme der Bevölkerung eingeweiht und den Verkehr übergeben. Sie ist der größte Brückenbau in der sowjetischen Zone, nämlich 100 Meter lang und 15 Meter breit